

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

26.11.1931 (No. 276)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 5613

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. Mend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,20 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Abbestellungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegenheiten sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweise Vertreibung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Waisensachen, Betriebsstörungen im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in vermindertem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung Mexikos

Der zum Vizekonsul von Mexiko in Mannheim ernannte Herr Theodor Landauer ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Sausfuchungen bei der heftigen NSDAP.

Ein Dokument über illegale Pläne

Auf Veranlassung des Oberreichsanwalts fanden in Hessen am Mittwoch Sausfuchungen bei nationalsozialistischen Führern wegen des dringenden Verdachtes der Vorbereitung zum Hochverrat in der Leitung der NSDAP, Gau Hessen, statt. Die Aktion ist darauf zurückzuführen, daß das preussische und das heftige Innenministerium dem Oberreichsanwalt ein Dokument und Bemeisungen über seine Gehörtheit zugestellt haben, das von führenden Kreisen der NSDAP in Hessen aufgestellt worden sein soll.

Das Dokument soll in einer geheimen Besprechung entstanden sein und sei benannt als „Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune (Kommunisten, Margisten usw.) in einem für einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiet“. Der Entwurf enthalte dann einen Befehl an die gesamte Bevölkerung, wonach die Bevölkerung jeder Anordnung der SA usw. gleich mit welchem Dienstgrade erteilt, sofort Folge zu leisten habe. „Widerstand“, so sage der Befehl, „wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft“. Weiter sehe der Befehl die Ablieferung jeder Schusswaffe binnen 24 Stunden vor. Wer dann noch im Besitze einer Schusswaffe betroffen werde, solle ohne Verfahren auf der Stelle erschossen werden. Die Todesstrafe werde auch androht den Beamten, Angestellten und Arbeitern öffentlicher Behörden, die ihren Dienst nicht weiterführen, sowie denjenigen, die die zu erlassende Notverordnung verletzen. Das Dokument enthalte dann weiter Richtlinien für die ersten Notverordnungen, wonach alle Lebensmittel an die Führung oder deren Beauftragte auf Anforderung ohne Entgelt abzuliefern seien und jeder Verkauf von Lebensmitteln verboten werde. Verstöße hiergegen sollten mit Einziehung des Vermögens, evtl. auch mit Todesstrafe, geahndet werden. Die Durchführung der Volksernährung solle durch Kollektivspeisung erfolgen.

Diese Richtlinien wurden feigelegt in einer geheimen Besprechung auf dem Bogheimer Hof bei Kampertheim, an der die SA-Führer und heutigen Landtagsabgeordneten in Hessen, Hauptmann a. D. Waffung, Gerichtsassessor Dr. West, Dr. Wagner, Dr. Schäfer, Kapitänleutnant a. D. v. David, John teilgenommen haben. Vorgelegt sind die vorstehend erwähnten Entwürfe von dem Gerichtsassessor Dr. West, der Beamter der heftigen Justizbehörde ist.

Eine amtliche Darstellung

WZB. Darmstadt, 26. Nov. (Tel.) Amtlich wird mitgeteilt: Die gestern nachmittag bei verschiedenen führenden Persönlichkeiten der Nationalsozialistischen Partei, Gau Hessen, durchgeführten Sausfuchungen, die sich auf die Nachprüfung der in den Besitzen des Oberreichsanwalts gelangten „Notverordnungen“ der illegalen nationalsozialistischen Regierung und andere Schriftstücke erstreckten, haben in vollem Umfang zum Erfolg geführt. Die Echtheit der Dokumente steht nunmehr außer allem Zweifel wie die Tatsache ihrer Abfassung durch Gerichtsassessor Dr. West und Komplizen.

Weiter wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Besonders wichtig seien die Kunde, die man auf dem Bogheimer Hof Dr. Wagners machte. Verhaftungen wurden bisher nicht vorgenommen. Landtagsabgeordneter Dr. Schäfer ist bisher nicht auffindbar.

Eine Erklärung der nationalsozialistischen Parteileitung

WZB. München, 26. Nov. (Priv.-Tel.) Die Pressestelle der Reichsparteileitung der NSDAP, erklärt, es handle sich, wenn wirklich belastendes Material gefunden worden sei, um Fälschungen, jedenfalls um Dinge, mit denen die Partei nichts zu tun habe, von denen sie keine Kenntnis gehabt habe, die sie aber auch für ausgeschlossen halte. Eine eingehendere Stellungnahme der Parteileitung sei erst möglich, wenn ihr selbst die bis jetzt noch fehlenden Unterlagen vorliegen. Am Schluß der Erklärung wird — wie bei früheren Gelegenheiten — nochmals betont, daß jedes Parteimitglied, das sich mit illegalen Dingen beschäftige, aus der Partei ausgeschlossen werde.

Letzte Nachrichten

Sortierung der Kabinettsberatungen

Keine Erkrankung Dr. Brüning's

WZB. Berlin, 26. Nov. (Priv.-Tel.) Wie wir von unternichteter Seite erfahren, sind gewisse Gerüchte unzutreffend, wonach der Reichstanzler erkrankt sein soll. Dr. Brüning hat heute vormittag bereits eine Reihe von Parteifreunden empfangen, die ihm zu seinem Geburtstag ihre Glückwünsche aussprachen. Übrigens wird das Kabinett heute unter dem Vorbehalt des Kanzlers die Beratungen über die Notverordnung fortsetzen, nachdem gestern die Ressorts mit der Ausarbeitung der Vorlagen beschäftigt waren. Diese Besprechungen in den einzelnen Ministerien gehen in den nächsten Tagen neben den Kabinettsberatungen weiter, da bei dem Umfang der zu erwartenden Maßnahmen natürlich noch weitere Arbeiten erforderlich sind.

50jähriges Bestehen der deutschen Sozialpolitik

Die heutige deutsche Sozialpolitik

WZB. Berlin, 26. Nov. (Priv.-Tel.) Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages beschäftigt man sich heute mit der Frage der Sozialversicherung. Eingehend würdige der frühere Reichsarbeitsminister, der Zentrumsgabordnete Dr. Brauns, die letzten 50 Jahre deutscher Sozialpolitik. Ausführlich berichtete er über das Werden der deutschen Sozialpolitik. Nach dem Kriege, der für die deutsche Arbeiterpolitik zunächst verhängnisvoll gewesen sei, habe man 1923 nur noch vor Trümmern gestanden, aus denen trotzdem die alte Sozialversicherung wieder aufgerichtet werden konnte und sogar noch durch die Arbeitslosenversicherung ergänzt wurden. Das sei ein Ruhmesblatt der deutschen Sozialpolitik der schweren Nachkriegszeit. Auch das Gebiet des Arbeitsrechts sei kräftig ausgebaut worden. Der Redner sprach für diese schwere geleistete Arbeit dem Reichsarbeitsministerium sowie dem Sozialpolitischen Ausschuss den hierfür gebührenden Dank aus. Wenn jetzt vielfach über diese Leistungen abfällig geurteilt werde, so möchte er doch darauf hinweisen, wo wir in dieser Zeit furchtbare Not hätten, wenn uns nicht diese Mittel zur Verfügung ständen. Die Weltkrise würde auch ohne die deutsche Sozialpolitik an den Toren der deutschen Wirtschaft nicht vorübergegangen sein. Wir müssen, so schloß der Vortragende, die deutsche Sozialpolitik, die auch heute noch vorbildlich ist, für eine bessere Zukunft retten und erhalten.

Ministerialdirektor Dr. Grieser vom Reichsarbeitsministerium gab einen ausführlichen Überblick über die derzeitige Lage der deutschen Sozialversicherung. In der Invalidenversicherung liefen zur Zeit etwa drei Millionen Renteneinheiten. Infolge der Leistungssteigerungen sei für 1931 und 1932 mit etwa 475 Millionen Reichsmark zu rechnen, der aus dem Vermögen der Invalidenversicherung gedeckt werden müßte. Die kritische Lage der Invalidenversicherung erkläre sich daraus, daß die gehegten Erwartungen sich nicht erfüllt hätten.

Schiedspruch für den Ruhrbergbau

Verlängerung des Lohnabkommens bis 31. Dezember

WZB. Essen, 26. Nov. (Tel.) In den heute vormittag wieder aufgenommenen Verhandlungen über die Löhne im Ruhrbergbau wurde durch die Schlichterammer mit den Stimmen der Arbeitnehmer ein Schiedspruch gefällt, wonach das bestehende Lohnabkommen bis zum 31. Dezember 1931 verlängert wird. Der Spruch kann erstmalig am 1. Dezember zum 31. Dezember gekündigt werden. Von Arbeitnehmerseite wurden Bedenken gegen die kurzfristige Verlängerung erhoben, weil dann die nächsten Verhandlungen vor Weihnachten stattfinden müßten und dadurch eine neue Beunruhigung in das Gebiet hineingebracht würde. Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch abgelehnt.

Wie verlautet, werden am Samstag die Nachverhandlungen über den heute gefällten Schiedspruch im Reichsarbeitsministerium stattfinden. Die Gewerkschaften werden um die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches nachsuchen. Falls das Reichsarbeitsministerium diesem Antrage entsprechen sollte, würde die Generalkündigung der Arbeitsverträge, die die Bechenverwaltung zum 1. Dezember ausgesprochen hat, hinfällig werden.

Weitere Einfuhrbeschränkung in England beabsichtigt

WZB. London, 26. Nov. (Tel.) Den Blättern zufolge wird der Landwirtschaftsminister heute im Unterhaus eine wichtige Erklärung abgeben. Nach der „Times“ beabsichtigt die Regierung, noch vor Weihnachten in beiden Parlamenten eine Vorlage zur Annahme zu bringen, die die Einfuhr von Gemüse, Obst und Blumen, soweit sie den Charakter von Luxuswaren tragen, unter bestimmten Voraussetzungen einschränken soll. Ein Plan für Quotierung der Weizeneinfuhr soll Anfang nächsten Jahres nach Wiederzusammentritt des Parlaments eingebracht werden.

* Gefährliche Wege

Auf Anordnung des Oberreichsanwalts haben gestern in Hessen umfangreiche Sausfuchungen bei einer Reihe nationalsozialistischer Führer stattgefunden; und zwar erfolgten sie, weil der dringende Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat vorlag. Eine amtliche Mitteilung über das Ergebnis der Aktion wurde im Laufe des heutigen Vormittags veröffentlicht. Doch waren die Korrespondenzbüros und verschiedene Zeitungen schon gestern abend in der Lage, Näheres über die Angelegenheit zu veröffentlichen. Wir verweisen unsere Leser auf die Meldungen an anderer Stelle unseres Blattes.

Nach den bisherigen Mitteilungen haben mehrere Führer der Nationalsozialistischen Partei in Hessen im Geheimen einen Plan ausgearbeitet, nach welchem im Falle der Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten vorgegangen werden soll. Das betreffende Schriftstück, das von Gerichtsassessor Dr. West niedergeschrieben ist, trägt den Titel „Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der bisherigen obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune in einem für einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiet“. Was dann kommt, ist nichts anderes als eine Zusammenfassung von Richtlinien und Verfügungen, nach welchen unter Ignorierung und Außerkräftsetzung der bisherigen Gesetze die Partei auf militärischer Grundlage die Diktatur auszuüben hätte.

Die Fragen, die nunmehr zu beantworten sind, sind folgende: war dieser Entwurf eine programmatische Arbeit der Parteileitung selbst, oder war er nur das Ergebnis einer Konspiration einzelner Führer? War er gedacht für den Fall einer schon im Gang befindlichen Revolution, oder war er gedacht als Injektion einer solchen? Was soll die Wendung „nach dem Wegfall der obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune“ bedeuten? Die obersten Staatsbehörden verschwinden doch nicht eines Tages einfach in der Luft. Und, wenn die Kommune (also doch wohl die kommunistische Partei) „überwunden“ werden soll, wird das ohne Zusammenstöße blutiger Art kaum abgehen. Unter allen Umständen wird hier mit Möglichkeiten operiert, die, wenn sie Tatsache würden, den Bürgerkrieg, die Revolution bedeuten würden.

Sache des Reichsgerichts wird es sein, nunmehr zu prüfen und festzustellen, ob es sich bei dem Ganzen um Konspirationen akademischer Art, um Besprechungen für einen möglichen Fall oder um offensichtliche Vorbereitungen dieses Falles selbst handelt. Aber, mag diese Prüfung und ein eventuell zu erwartender Urteilspruch so oder so ausfallen, der Inhalt jenes Entwurfs genügt, um die Gefährlichkeit der ganzen Aktion zu beleuchten. Und auch der Umstand, daß eine Reihe nationalsozialistischer Führer in Hessen einen derartigen Entwurf beschließen konnte, offenbart uns einen Geisteszustand, der überaus bedenklich ist, mag man nun die Angelegenheit parteipolitisch oder ganz objektiv unter dem Gesichtswinkel der allgemeinen Volkswohlfahrt betrachten.

Wenn die diktatorischen Maßnahmen, die in jenem Entwurf niedergelegt sind, noch wenigstens dem gefunden Menschenverstand einleuchten würden, wenn sie wenigstens trotz ihres gewalttätigen Charakters ein bißchen Vernunft in sich trügen, dann könnte man sich mit ihnen immerhin ernsthaft auseinandersetzen. Faktisch sind sie aber toller Dilettantismus. Denn was besagen sie? Nun, folgendes: Alle Lebensmittel sollen abgeliefert werden, Kollektivspeisungen will man einrichten, die Lebensmittelausgabe soll gegen Karten erfolgen, das Privateinkommen wird fürs erste aufgehoben, niemand kann mehr über den Ertrag seines Vermögens verfügen, Zwangsvollstreckungen haben zu unterbleiben, die Verjährung von Ansprüchen wird einstweilen gehemmt, der Zinslauf für Geldforderungen wird aufgehoben, Mietzins für Wohnräume wird nicht mehr entrichtet usw. Und über der Einhaltung dieser Bestimmungen sollen Feldgerichte wachen, die, je nachdem die Todesstrafe verhängen können. Beamte, Angestellte und Arbeiter haben ihren Dienst zu verrichten; Widerstand und Sabotage werden mit dem Tode bestraft. Ebenso wird jeder andere Widerstand gegenüber den Anordnungen grundsätzlich mit dem Tode bestraft.

Gerecht und objektiv, wie wir nun einmal sind, würden wir uns nicht scheut haben, zuzugeben, daß unter den Richtlinien des Entwurfs hier und da ein Körnchen Vernunft zu finden ist, wenn solches wirklich der Fall

wäre. Aber wir vermögen auch nicht das winzigste Körnchen zu entdecken. Eine Durchführung jenes Entwurfs müßte Hessen in Kürze dem Chaos und der Anarchie auf wirtschaftlichem Gebiet und der Terrorherrschaft auf machtpolitischem Gebiet überliefern. Sofern man überhaupt eine Sekunde lang mit der Möglichkeit einer solchen Durchführung rechnet. Denn selbstverständlich wird keine legale Regierung in Berlin einen solchen Unfug dulden; ja, man kann nicht einmal von der obersten Parteileitung der Nationalsozialisten in München glauben, daß sie jemals die Planung und Verwirklichung derartiger Absurditäten mit ihrem Namen deckt.

Allerdings war schon vor einigen Tagen in der Presse die Wiedergabe einer Rede des nationalsozialistischen Politikers Dr. Wagener zu lesen, die, wenn sie sich auch von allen Diktaturtheorien selbst fernhält, in wirtschaftspolitischer Beziehung Theorien entwickelt, die so beschaffen sind, daß man an dem gesunden Verstand ihres Urhebers beinahe zweifeln möchte. Und wenn diese Rede Dr. Wagener noch von der Presse seiner Partei als ein „Wirtschaftsprogramm zur Rettung des deutschen Volkes“ bezeichnet wird, dann muß man sagen, daß Dr. Wagener und alle die, die diesen Theorien glauben, von Nationalökonomie und Wirtschaftspolitik noch viel weniger verstehen, als die meisten anderen Parteien des Volkes.

Gewiß finden sich in der Rede Wageners zum Schluß auch einzelne Vorschläge, über die sich schließlich diskutieren läßt; es sind das die Vorschläge, die sich an das italienische Beispiel anlehnen und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Rentabilität fördern. Was aber Dr. Wagener aus eigenem produziert hat, zeugt von einem Dilettantismus, der beinahe Mitleid erwecken muß. „Abkündigung der Goldwährung als letztes Ziel, Herabsetzung des Diskonts auf höchstens 3 Proz., Steigerung der Kaufkraft durch Senkung der Preise, Beilegung der zinsfordernden Kapitalbildung, Beteiligung der Angestellten und Arbeiter am Wirtschaftserfolg, und zwar nach dem Prinzip, daß auch am Verlust teilgenommen wird, Ablehnung einer jeden Selbstfinanzierung zum Zweck der Betriebsvergrößerung aus dem Gewinn, Umwandlung alles absoluten Gewinns in Kaufkraft, Schaffung von Warenvermögen und nicht von Geldvermögen, scharfe Besteuerung des Erbes nur dann, wenn es Geld umfaßt, Schaffung neuen Lebensraumes für das deutsche Volk, sei es auch mit Gewalt usw.“ Das ist so eine Blütenlese aus den Forderungen des Herrn Dr. Wagener.

Würde man aus den Theorien der heftigen Konspiratoren und denen des Herrn Dr. Wagener ein Programm machen und dieses Programm auch wirklich durchführen, dann würde es binnen einiger Monate statt heute vielleicht 10 Millionen nationalsozialistischer Wähler höchstens noch eine halbe Million geben. Was, bisher an Einzelvorschlägen zur wirtschaftspolitischen Gesundung Deutschlands in der nationalsozialistischen Presse veröffentlicht worden ist, verrät — zum großen Teil wenigstens — einen ganz erstaunlichen Mangel an wirtschaftspolitischer Vernunft und wirtschaftspolitischer Denkfähigkeit. Und, wenn es wirklich einmal dazu kommen sollte, daß der Nationalsozialismus durch die Macht der Ziffer zur Macht im Reiche gelangt, dann wollen wir nur hoffen, daß die Posten des Finanzministers und des Wirtschaftsministers nicht gerade mit einem Nationalsozialisten besetzt werden.

Von der Universität Heidelberg

Die Heidelberger Universität beging am Sonntag den Jahrestag ihrer Gründung und die offizielle Rektoratsübergabe mit einem Festakt, der zum erstenmal in der neuen Aula stattfand. Unter den Ehrengästen befanden sich Kultusminister Dr. Baumgartner und Ministerialrat Dr. Thoma als Vertreter der badijschen Regierung, die Direktoren der drei badijschen Hochschulen sowie als Vertreter der Stadt Heidelberg Oberbürgermeister Dr. Reinhaus und Bürgermeister Amberger. Die gesamte Studentenschaft chargierte.

Nach dem feierlichen Einzug und der Coriolan-Ouvertüre von Beethoven, spielte vom städtischen Orchester unter Universitätsmusikdirektor Prof. Dr. Köppen, erstattete der Rektor Professor Dr. Meister den Jahresbericht, den er mit der Erinnerung an die feierliche Einweihung der Neuen Universität im Juni dieses Jahres und mit dem Wunsch einleitete, daß nunmehr auch bald der Bau des Südlügels in Angriff genommen werden könne. Er ging dann auf die einzelnen Ergebnisse des abgelaufenen Rektoratsjahres ein. Der Besuch der Universität ist trotz der Notlage sehr gut und ist mit 3350 Studierenden um 275 höher als der des Wintersemesters 1930/31. Weiterhin gab der Rektor bekannt, daß die juristische Fakultät einen **Cruik-Shaw-Preis** von 600 RM gestiftet habe, für wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet des antiken Rechts. Der Jahresbericht schloß mit der Bekanntgabe der Preisträger und der Verlesung der neuen Preisaufgaben. Die Festrede hielt, wie üblich, aus seinem eigentlichen Lehrgebiet Rektor Professor Dr. Erdmannsdörffer über „Mineralogie einst und jetzt“. Die Feier wurde beendet mit dem Guldigungsmarsch von Richard Wagner.

70. Geburtstag von Prof. Bier. In Berlin fand am Dienstag aus Anlaß des 70. Geburtstages von Geheimrat Prof. Dr. August Bier eine akademische Feier statt, zu der Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, des Heeres, der Stadt Berlin und der Universität, sowie die namhaftesten Chirurgen Deutschlands erschienen waren. Geheimrat Prof. C. Leber, München, hielt die Festansprache, in der er die großen Verdienste des Jubilars würdigte.

Reise der deutschen Nobelpreisträger nach Stockholm. Die drei diesjährigen Nobelpreisträger der Medizin und Chemie haben mitgeteilt, daß sie sich nach Stockholm begeben werden, um am Nobeltage ihre Preise persönlich entgegenzunehmen. Der Preisträger der Medizin, Professor Barbara, wird voraussichtlich am 9. Dezember in Stockholm eintreffen, während die beiden Chemiepreisträger, die Professoren Bösch und Bergius, noch nicht mitgeteilt haben wann sie in Stockholm eintreffen.

Das Ergebnis der kommunalen Sparaktion

Das 800-Millionen-Defizit der deutschen Gemeinden
Gelegentlich der in Darmstadt abgehaltenen Vorstandssitzung des Hessischen Städtetages empfing der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, die Presse, um sie über die kommunalen Einsparungsaktionen zu informieren.

Das Gesamtdefizit der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände sollte durch eigene Maßnahmen der Gemeinden von 800 Millionen Reichsmark im laufenden Rechnungsjahr um etwa 325 Millionen verringert werden. Mit Ausnahme von 25 Millionen Reichsmark, die infolge der fehlenden Reichs-ermächtigung für die gehobene Fürsorge nicht erspart werden konnten, dürfte dieses Ziel erreicht werden. Allerdings war es dazu nötig, sämtliche Gebiete kommunaler Tätigkeit, Schulwesen, Bauwirtschaft, alle Gebiete des kulturellen Lebens, des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens usw. aufs äußerste zu beschränken. Im Schulwesen, wo sich die getroffenen Sparmaßnahmen in der Hauptsache erst 1932 auswirken werden, konnte für das laufende Rechnungsjahr ein Betrag von 50 Millionen eingespart werden. In der Bauwirtschaft betragen die Ersparnisse etwa 125 Millionen Reichsmark für den Rest des laufenden Rechnungsjahres, auf dem Gebiete des kulturellen Lebens 25 Millionen Reichsmark und auf dem Gebiete des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens ungefähr 75 Mill. RM. Die Gehaltskürzungen dürften 25 Millionen Reichsmark bringen.

Es werde aber notwendig sein, neuerlich mit der Reichsregierung und den Regierungen der Länder zu verhandeln, um ein solidarisches Vorgehen aller öffentlichen Körperschaften sicherzustellen, da die Reichshilfe von 175 Millionen Reichsmark aus der dritten Notverordnung vom 6. Oktober zum großen Teil durch neue Verschleudungen des Lastenausgleichs verlorengegangen ist. Die Sanierung der Finanzen eines Teiles der öffentlichen Körperschaften lasse sich nicht durch Belastung eines anderen Teiles erreichen. Dies sei, so betonte Präsident Dr. Mulert, kein Angriff gegen die Reichsregierung. Die Kommunen erheben keine Verwürfe, sie fordern vielmehr gemeinsame Beratungen und Handlungen.

Schlange-Schönungen über die Dithilfe

Der Reichskommissar für die Dithilfe, Reichsminister Schlange-Schönungen, hielt Montagabend im Rundfunk über die Dithilfe eine Rede, in der er u. a. ausführte: Gelingt die Sanierung des Deins, so wäre damit vielleicht der Anfang für eine Neuordnung der gesamtdeutschen Wirtschaft gegeben. Die überhöhte Zinslast von heute sei der furchtbare Blod, der auf dem Wege unserer Gesundung liege. Schließlich erörterte der Minister den Grund, warum mit dem Herausbringen der Notverordnung nicht länger zugewartet werden konnte. Man müsse wieder zur Bilanzgeblichkeit zurückkehren. Deutschland dürfe, so schloß Schlange, nicht zur Schlinge ausbrennen.

Die Grüne Front stimmte der Stellungnahme der landwirtschaftlichen Vertreter im Wirtschaftsbeirat zu und gab der Überzeugung Ausdruck, daß von Teilmaßnahmen ein durchschlagender Erfolg nicht mehr zu erwarten sei.

Justiz und Wirtschaftsstandale

Der preußische Justizminister Dr. Schmidt weist in einem Erlaß u. a. darauf hin, daß es Aufgabe der Strafrechtspflege sei, mit allen Kräften zu einer Befriedung des politischen Lebens und zu einer Gesundung der Wirtschaft beizutragen. Dazu sei vor allem eine tatkräftige Verfolgung der Straftaten notwendig. Geboten sei vor allem, alle Tatkräft auf die zielbewußte und rasche Aufklärung der Hauptpunkte des Verfahrens zu vereinigen, alle zur Sicherung der Verfolgung zulässigen Maßnahmen ungehemmt und ohne Ansehung der Person zu ergreifen, namentlich auch rechtzeitig zu prüfen, ob die Bedeutung und die Umstände des Einzelfalles eine Verhaftung gebieten.

Die Bekämpfung wirtschaftlicher Straftaten sei besonderen Sachbearbeitern zu übertragen. Inwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Devisenbewirtschaftung seien nachdrücklich zu verfolgen und in allen geeigneten Fällen im Schnellverfahren zur Aburteilung zu bringen.

Kurze Nachrichten

Zu den Gerüchten über eine neue Gehaltskürzung erklärte heute, Donnerstag, im Haushaltsausschuß des Reichstags ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, ihm sei nicht bekannt, welche Pläne die Reichsregierung und ob sie solche habe.

Kommunisten wollen Reichstagsüberzeugung. Für heute, Donnerstag, ist der Aftentag der Reichstagskammer einberufen worden. Die kommunistischen Vertreter werden die Einberufung des Reichstags für Mittwoch, den 2. Dezember, mit folgender Tagesordnung fordern: 1. Stellungnahme des Reichstags zur wirtschaftlichen und finanziellen Lage und zu den beabsichtigten neuen Notverordnungen der Reichsregierung. 2. Außenpolitische Aussprache, dabei im besonderen Stellungnahme zum japanisch-chinesischen Krieg und Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund.

Bei den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen in Berlin haben die Delegationen am Mittwoch ihre Arbeiten vorläufig abgeschlossen, um zunächst den beiderseitigen Regierungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen zu geben.

Ladendorffs Immunität aufgehoben. Der Geschäftsausschuß des preußischen Landtags beschloß, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Ladendorff von der Wirtschaftspartei wegen seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bank für Handel und Grundbesitz in Berlin zu erteilen. Die Fraktion im Preußischen Landtag wählte an Stelle des Abg. Ladendorff den Abg. Große zum Fraktionsvorsitzenden.

Die Wahl des preußischen Landtagspräsidenten wurde am Mittwoch vertagt, da sich gegen den Sozialdemokraten Reinert (an Stelle des verstorbenen Präsidenten Bartels) bei anderen Parteien heftige Widerstände geltend machten. Lange und recht scharfe Auseinandersetzungen gab es bei der Debatte über das deutsch-nationale Misstrauensvotum gegen Kultusminister Grimme. Die Abstimmung wurde für Freitag in Aussicht genommen. Schließlich nahm der Landtag noch die neue Geschäftsordnung in Angriff. Die wichtigsten Neuerungen sind die Ausdehnung der scharfen Ordnungsbestimmungen auch auf die Ausschüsse und die Einschränkung der namentlichen Abstimmungen. Die sozialdemokratische Fraktion hat jetzt den Abg. Witte als Nachfolger Bartels nominiert. Reinert selbst habe gebeten, von seiner Nominierung Abstand zu nehmen, damit nicht um einer Personensache willen die Preußenkoalition gefährdet werde. Die Fraktion habe einstimmig dem Abg. Reinert ihr Vertrauen ausgesprochen.

Der japanisch-chinesische Konflikt

Ein Vorschlag des Völkerbundes

In einem Kommuniqué des Völkerbunds wird mitgeteilt, daß der Rat den Entwurf einer Regelung vorschlägt, der die Zurückziehung der japanischen Truppen in die Eisenbahnzone und die Ernennung einer internationalen Kommission vorsieht. Beide Parteien sollen sich verpflichten, ihre Oberkommandierenden anzuweisen, sich jeder Initiative zu enthalten, die neue Zwischenfälle heraufbeschwören könnten. Man hofft, am Freitag die Schlussitzung abhalten zu können.

„Petit Parisien“ will erfahren haben, daß die japanische Antwort auf den Entwurf des Völkerbundsrats günstig laute. Die japanische Regierung wünsche jedoch präzisiert zu haben, daß als feindselige Handlungen nicht diejenigen angesehen würden, die unerlässlich seien, um die berechtigten Verteidigung und den Polizeidienst sicherzustellen. Der japanische Vertreter auf der Pariser Ratstagung erhielt Anweisung, dem Resolutionsentwurf des Rates mit Ausnahme der Klausel über die Beschränkungen der Tätigkeit in der Mandchurei zuzustimmen.

Der Vorschlag des Völkerbundsrats wird in Washington günstig beurteilt.

Die Mitglieder des Sonderausschusses

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gibt nun offiziell die Namen der sieben ordentlichen Mitglieder des Beratenden Sonderausschusses, der belanlich am 7. Dezember zusammentritt, bekannt. Die offiziell Ernannten sind:

Professor Alberto Beneduce, Präsident des Consorzio di credito per le opere pubbliche, Rom; Emile Francaeus, Staatsminister, Vizegouverneur der Société générale de Belgique, Brüssel; Sir Walter Linton, Hauptschriftleiter des „Economic“, London; Dr. Karl Reichler, Teilhaber der Firma M. Warburg & Co., Hamburg; Kohara, Esqu., Direktor der Yokohama-Spezie-Bank, Ltd., London; Prof. Charles Rist, Professor der Rechtswissenschaften an der Universität Paris; Dr. Walter Steward, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Chase National Bank & Co., New York.

Die Bank hat offiziell den Ausschuß auf Montag, den 7. Dezember, vormittags 10.30 Uhr nach Basel einberufen.

Auflösung des Arbeiterschutzbundes in Danzig. Auf Anordnung des Polizeipräsidenten ist der Arbeiterschutzbund aufgelöst worden. Die Veranlassung hierzu waren die Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Arbeiterschutzbundern bei Kundgebungen am vergangenen Sonntag, bei denen ein Nationalsozialist ertrunken worden war.

Blutige Arbeitslosenunruhen in der Tschechoslowakei. In Niederleubowitz (Deutsch-Böhmen) mußte bei Arbeitslosen- Kundgebungen die Gewarmerie, von der zwei Beamte verletzt wurden, von der Waffe Gebrauch machen. Hierbei wurden sechs Personen getötet, eine schwer und zehn bis zwölf leichter verletzt. Unter den Getöteten befinden sich zwei Frauen. — Im Prager Parlament kam es zu wüsten, von den Kommunisten hervorgerufenen Sturmzügen.

Polnisch-russischer Zwischenfall. Im Gebiet von Borow wurden drei russische Soldaten, welche die polnische Grenze überschritten hatten und mit der Waffe in der Hand Widerstand leisteten, von der polnischen Grenzwehr gefangen genommen.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika. Der amerikanische Arbeiterverband schätzt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf 6 200 000. Der Verband glaubt, daß bereits eine gewisse Besserung der Geschäftslage eingetreten sei infolge der hausse der Getreidepreise und der Steigerung der Baumwollausfuhr.

Vom Skarel-Prozess

EMA, Berlin, 26. Nov. (Priv.-Tel.) Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Skarel-Prozess verlas der Vorsitzende das Gutachten eines Sachverständigen, wonach sich der Gesundheitszustand Willi Skarels verschlechtert hat, ohne daß allerdings seine Verhandlungsfähigkeit in Frage gestellt ist. Das Gericht beschloß, nur noch drei Verhandlungstage in der Woche, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, festzusetzen.

Ein neuer Bankprozeß

EMA, Berlin, 26. Nov. (Tel.) Vor der Außerordentlichen Großen Strafkammer begann heute der Prozeß gegen den ehemaligen Direktor der Hansabank Oskar Morawick, dem zur Last gelegt wird, absichtlich zum Nachteil seiner Gesellschaft gehandelt zu haben, indem er verschiedenen Personen, darunter sich selbst und seiner Frau, unbefugt größere Kredite und Darlehen aus den Mitteln der Bank zur Verfügung stellte, indem er ferner verschiedentlich falsche Angaben machte, umwahrte Darstellungen gab, Bescheinigungen falsch ausfüllte sowie rechtswidrige Verfügungen erteilte. Von den 22 Zeugen, die geladen waren, sind zwei nicht erschienen. Es fehlt vor allem der Ratwörter Hauptmann Binok, dem der Angeklagte unberechtigtweise einen Kredit in Höhe von 1 300 000 RM. eingeräumt hat.

Kleine Chronik

Heute, Dienstagvormittag, ist im 59. Lebensjahr der Landtagsabgeordnete des Preußischen Landtags, Professor Grebe-Osnabrück (Zentr.) im Landtagsgebäude einem Herzschlag erlegen. Er vertrat den Wahlkreis Weser-Ems und ist Mitglied des Hauses seit der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung von 1919.

In der Bremer Börse erschloß sich der stellvertretende Direktor Behrens des Bankvereins für Nordwestdeutschland AG. in Bremen. Die Veranlassung zur Tat scheint in zerrütteten ehelichen Verhältnissen zu liegen.

Auf einer Depositionskasse der Commerz- und Privatbank in Berlin-Rantow wurde ein 30jähriger Kassierer festgenommen, der Unterschlagungen in Höhe von 80 000 RM begangen hat.

Der Rechtsbeistand von Mag Skarel hat gegen die am 29. November in Wiesbaden stattfindende Uraufführung „Was weiß Korin“ Einspruch erhoben. Das Stück behandelt die Affäre Skarel.

Die Voruntersuchung wurde gegen 14 Erzieher, darunter den Direktor des Erziehungsheimes Waldhof bei Templin, das der Inneren Mission gehört, eröffnet. Es handelt sich um die bekannten Vorgänge in der Fürsorgeanstalt Waldhof im Frühjahr dieses Jahres, die seinerzeit die Stadt Berlin veranlaßten, ihre Zöglinge aus dem Heim zurückzuführen. Die meisten Personen werden der Mithandlung der Zöglinge beschuldigt und zwei des Verbrechens gegen § 176. In der Anstalt sind nach den bisherigen Ermittlungen die Zöglinge in unmenslichster Weise behandelt, gefoltert und teilweise fürs Leben entstellt worden. Die Innere Mission wird von sich aus eine Untersuchung durchführen.

Die Frau des pommerischen Gutsbesizers v. Hennings ist am Toten Sonntag unter rätselhaften Umständen durch eine Selbstschußvorrichtung ums Leben gekommen. Nun hat der festgenommene Förster gestanden, das zur Tat benutzte Gewehr zwischen den beiden Bäumen, wo man die Vorrichtung fand, eingebaut zu haben.

Bei Freienohl (Kreis Arnstberg) wurde der Privatförster Stod — vermutlich von Wilderern — erschossen aufgefunden.

Badischer Teil

Die Pension des Ministers a. D. Dr. Kemmele

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** In den nationalsozialistischen Zeitungen „Der Führer“ (Folge 267 vom 26. November) und „Der Alemanne“ (Nr. 26 vom 26. November) wird unter der Überschrift „Kleine Anfrage an Herrn Kemmele“ als „Gerücht“ gemeldet, Minister a. D. Kemmele hätte an die badische Regierung das Ersuchen gerichtet, man möge seine Ministerpension kapitalisieren und ihn abfinden. Es wird davon gesprochen, daß er mit einer Abfindung von 170 000 RM zufrieden sei.

Diese Nachricht ist vollkommen frei erfunden. Minister a. D. Dr. Kemmele hat keinerlei Antrag auf Kapitalisierung seiner Pension oder auf eine Abfindung gestellt. Überdies wäre eine solche rechtlich vollständig unmöglich, da weder bei den Reichs- noch bei den Landesbeamten, noch beim badischen Ministerpensionsgesetz eine Kapitalisierung der Pension bzw. eine Abfindung gesetzlich zulässig ist.

Die nationalsozialistischen Zeitungen „Der Führer“ und „Der Alemanne“ auf fünf Tage verboten

** Der Minister des Innern hat die in Karlsruhe erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Der Führer“ und die in Freiburg erscheinende Tageszeitung „Der Alemanne“ auf fünf Tage verboten. Anlaß dazu gaben die an den Artikel „Kleine Anfrage an Herrn Kemmele“ geknüpften Bemerkungen, welche im Sinne der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellen.

Landeskommissär Hartmann †

** Heute morgen traf hier die Trauernachricht ein, daß der Landeskommissär von Konstanz, Herr Dr. Hartmann, plötzlich gestorben ist. Landeskommissär Dr. Hartmann war am 29. April 1870 in Adenburg geboren. Nach Beendigung seiner juristischen Studien wurde er 1892 Rechtspraktikant, 1895 Referendar. In den Jahren 1901 bis 1906 war er als Amtmann in Karlsruhe, Baden-Baden und Triberg tätig. Vom Jahre 1908 bis zum Jahre 1912 leitete er das Bezirksamt Triberg und übernahm 1912 als Oberamtmann und Amtsvorstand den Amtsbezirk Weinheim. 1920 wurde er Oberamtmann in Ettlingen und 1924 Landrat in Konstanz. Seit dem 6. Dezember 1926 stand er an der Spitze des Landeskommissariats Konstanz.

In Landeskommissär Dr. Hartmann verliert das Land einen seiner pflichttreuesten und fähigsten oberen Beamten, der sich in allen Dienststellen wegen seiner Kenntnisse und seiner strengen Sachlichkeit das Vertrauen der Bevölkerung und der, seinem Dienstbereich unterstellten Beamten erworben. In seiner Stellung als Landeskommissär galt seine besondere Aufmerksamkeit den Gemeindeverwaltungen, die er bei ihren schwersten Aufgaben jederzeit bereitwillig und erfolgreich unterstützte. Aber auch die Wirtschaft und insbesondere die Landwirtschaft fanden in ihm einen eifrigen Förderer. Die Beliebtheit, deren sich der oberste Beamte in dem badischen Oberlande, Landeskommissär Dr. Hartmann, erfreute und das große Ansehen, das er genoß, kamen anläßlich seines 60. Geburtstages im April vorigen Jahres in zahlreichen Glückwünschen zum Ausdruck. Nun hat ein rascher Tod ihn mitten aus seiner erfolgreichen Tätigkeit gerissen und damit dem Lande, insbesondere aber dem Gebiet des Landeskommissariats Konstanz einen schweren Verlust bereitet. Ehre seinem Andenken!

Die Tarifverträge für die Rheinschiffahrt

Seine Allgemeinverbindlichkeitserklärung

Der Arbeitgeberverband der Hafengebiete Mannheim-Ludwigshafen teilt mit:

Durch Schiedsprüche vom 28. März und 11. Mai 1931 wurde der deutschen Rheinschiffahrt lediglich eine Senkung der Löhne um 5 Prozent zugestanden und die Lohnregelung im Gegensatz zu allen anderen Lohnabkommen bis 31. März 1932 festgelegt. Alle Bemühungen der Arbeitgeber, im Hinblick auf die große Stilllegung in der Rheinschiffahrt diese Entscheidung abzuwenden, waren vergeblich. Die seit Juli 1931 so außerordentlich verärgerte Kritik hat die Bewirtung dieses Schiedspruches noch erheblich verstärkt. Schon das bekannte Rheingutachten hat festgestellt, daß die Lohnkosten bei Schraubendampfern 82,3 Prozent der deutschen Lohnkosten betragen und daß die Konkurrenzverhältnisse der deutschen Rheinschiffahrt im Vergleich mit belgischen und französischen Rheinschiffahrtsunternehmen noch wesentlich ungünstiger liegen.

Alle diese Gründe waren bei der Entscheidung des Schlichters und bei der Verbindlichkeitserklärung für die Reedereien vorgetragen, aber unberücksichtigt geblieben. Die Gewerkschaften haben den Antrag gestellt, die Lohnregelung durch eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung auch auf die Außen-seiter auszuweiten. Es ist bemerkenswert, daß das Reichsarbeitsministerium inzwischen offenbar seinen früheren Mißtrau eingesehen und den jetzigen Antrag der Gewerkschaften mit folgender Begründung abgelehnt hat: „Unter den derzeitigen Wirtschaftsbedingungen und bei der besonders schwierigen Lage der Rheinschiffahrt bestehen Bedenken, Ihrem Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung Folge zu geben. Ich habe daher das Verfahren eingestellt.“

Das Dienstverfahren gegen Pfarrer Gærtel

Die mündliche Verhandlung vor dem kirchlichen Disziplinargericht gegen Pfarrer Gærtel ist auf Freitag, den 11. Dezember, festgesetzt. Der Antrag der klagenden Kirchenbehörde geht auf Entlassung des Pfarrers Gærtel unter Verlust aller Rechte aus der evangelischen Landeskirche.

Vorstädtische Kleiniedlung in Baden

** Das Reich hat zur Förderung der vorstädtischen Kleiniedlung und zur Vereinfachung von Kleingärten für Erwerbslose besondere Mittel zur Verfügung gestellt. Durch diese Maßnahme soll Erwerbslosen wieder eine Gelegenheit zu angemessener Arbeit gegeben werden; es sollen deshalb einfache Kleinhäuser mit größeren Gartenflächen oder Gärten allein geschaffen werden. Die Erwerbslosen sollen bei der Erstellung der Häuser und dem Herrichten der Gärten in möglichst weitem Umfange mitarbeiten. Sie erhalten die Siedlerstelle zunächst in Pacht, später können sie diese als Eigentum oder Erbbaurecht erwerben.

Die Gärten können 400 qm bis 5000 qm groß sein. Von der Größe und der Nachhaltigkeit der Bewirtschaftung wird es wesentlich abhängen, in welchem Umfange die Siedler aus den Gärten ihren Lebensunterhalt ziehen können. Die Siedler sollen bei Besserung der Wirtschaftsverhältnisse die Möglichkeit haben, wieder in ihre frühere Beschäftigung zurückzukehren, unter Beibehaltung der Siedlerstelle. Die Mittel werden vom Reich in beschränktem Umfange als Darlehen zur Verfügung gestellt. Sie sollen hauptsächlich dort Verwendung finden, wo die meisten Erwerbslosen wohnen, also vor allem in den großen Städten. In Baden werden aber auch die mittleren Städte bis zu 10 000 Einwohnern herab berücksichtigt werden. Die Siedlungen sind möglichst geschlossen zu errichten. Einzelsiedler können in diesem Verfahren nicht berücksichtigt werden, vielfach werden aber ihre Bauvorhaben aus den allgemeinen Wohnungsbaumitteln oder den Mitteln für Landarbeiterwohnungen gefördert werden können.

Die Durchführung der Siedlung in Baden wurde im Ministerium des Innern am 16. November 1931 mit Vertretern des Waldbesitzes, der Sägemerze und der Architekten erörtert und am 25. November 1931 mit Vertretern der Gemeinden über 10 000 Einwohner. Diese Gemeinden sind bereit, an der Durchführung der Siedlungen mitzuwirken und die von ihnen geforderten Verpflichtungen zu übernehmen. In allen Gemeinden sind die Vorarbeiten bereits begonnen; manche Projekte sind schon ziemlich weit gediehen. Die Wald- und Sägemerzbesitzer wollen brauchbare, billige Typen für Holzhäuser herausbringen. Anfragen von Siedlungslustigen sind an die Bürgermeisterämter der genannten Städte zu richten.

Der Badische Landtag in Freiburg

Die Mitglieder des Landtags besuchten am Mittwoch, wie gemeldet, mit Staatspräsident Dr. Schmitt, Unterrichtsminister Dr. Baumgartner sowie den zuständigen Referenten Freiburg, um die Klinikenbauten zu besichtigen. Minister Dr. Baumgartner dankte in seiner Begrüßungsansprache namens des badischen Volkes und besonders derer, die das Haus künftig werden ausbauen müssen, dem Landtag und dem Bürgerausschuß Freiburg für die Bewilligung der Summen für ein so großes Werk. Die Opfer seien für die Stadt gewiß nicht klein gewesen. Bekanntlich trägt die Stadt zwei Fünftel der Baukosten, während drei Fünftel auf den Staat entfallen. Nach einem kurzen Rückblick auf die fünf Jahre währende Baugeschichte sprach der Minister den Dank aus an alle am Bau beteiligten gewesen Kreise.

Sodann nahm Oberbaudirektor Lorenz das Wort, um an Hand des Lageplans und des Grundrisses kurze Erläuterungen zu geben. Dann begann der seit anderthalbjähriger Kündung durch den großangelegten Komplex, der allen große Bemühungen abnötigte und die Überzeugung festigte, daß hier ein wirklich geniales Werk geschaffen worden ist.

Nachdem die Klinikbauten und die dazugehörigen Wirtschaftsgebäude besichtigt waren, sagte Landtagspräsident Duffner die gewonnenen Eindrücke in einer kurzen Ansprache zusammen, worin er die Freude über das Geschaute bezeugte und sagte: „Der Segen, der aus tausend Kanälen der Anlage hinausfließen werde, möge nicht nur von Heilung und Stärkung künden, sondern auch den Auf und Auf der Stadt Freiburg und ihrer opferwilligen Bürgerschaft in das Land hinausstrahlen.“ Er dankte nochmals seitens des Landtags insbesondere Oberbaudirektor Lorenz für die Führung. Auf Einladung der Stadt Freiburg unternahm dann ein Teil der Gäste einen Ausflug in die Herrlichkeiten des südlichen Schwarzwaldes durch eine Fahrt mit der Schauinslandbahn.

Der Bau der neuen Rheinbrücken bei Maxau und Speyer zurückgestellt

In dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Deutschen Reichsbahn sind, einer Meldung des „Karlsruher Tagblatt“ zufolge, nur Mittel für die Fertigstellung der neuen Rheinbrücke bei Ludwigshafen-Mannheim vorgesehen. Für die Brücken bei Maxau und Speyer sind in dem Arbeitsbeschaffungsprogramm keine Mittel ausgeworfen. Die Zurückstellung des Baues dieser Brücken hängt zum Teil mit der schwierigen Finanzlage des Reiches und der beteiligten Länder zusammen. Das Reich und die Länder seien zur Zeit nicht in der Lage, sich an dem Bau dieser Brücken zu beteiligen, so daß man diese Pläne vorläufig noch zurückgestellt hat.

Aus der badischen Industrie

Neues Lohnabkommen in der Schwarzwälder Uhrenindustrie. Bei dem am Dienstag in Donaueschingen stattgefundenen Lohnverhandlungen in der Schwarzwälder Uhrenindustrie wurde eine Vereinbarung getroffen, die von der nach dem 23. November 1931 beginnenden Lohnwoche ab einen Gehalt für die gelerntten Arbeiter der Gruppe D in Ortsklasse I (Mindestlohn) von 74 Pf. vorsieht. Die Löhne der übrigen Lohngruppen richten sich nach dem bisher geltenden Schlüssel. Die tatsächlichen Stundenlöhne und die Abschläge ermäßigen sich um 6 Proz., wobei jedoch der tarifliche Mindestverdienst nicht unterschritten werden darf. Sollte durch Notverordnung oder Gesetz während der Laufdauer dieser Vereinbarung eine allgemeine Lohnsenkung eintreten, so wird die vorstehende Senkung auf diese Kürzung angerechnet. Das neue Abkommen ist mit sechsmonatiger Kündigungsfrist auf Monatsende kündbar, erstmals zum 29. November 1932.

Von der Bauernschule Ittendorf. Die unter der Leitung von Dr. Mauch und Jcl. Gæbler stehende, neu ins Leben gerufene Bauernschule Ittendorf bei Neersburg hat ihre Tätigkeit nunmehr aufgenommen. Die 28 Schüler stammen aus allen Teilen Badens. Außerdem sind 10 Hausväter tätig. Die feierliche Eröffnung fand am vergangenen Sonntag statt.

Die Rückablösung von aufgewerteten Sparguthaben

In der Verordnung zur Durchführung der Aufwertung von Sparguthaben vom 2. Juni 1926 war bestimmt, daß aufgewertete Sparguthaben auf 1. Januar 1932 gekündigt werden könnten. Der gespannten Lage auf dem Geldmarkt entsprechend, hat der badische Minister des Innern eine neue Verordnung veröffentlicht, die besagt:

Stellt eine Sparkasse bis zum 31. Dezember 1931 einen dahingehenden Antrag, so kann der Minister des Innern die Zulässigkeit der Kündigung der ersten Hälfte der aufgewerteten Sparguthaben über den 1. Januar 1932, jedoch nicht über den 1. Januar 1935 hinauschieben. Dabei kann für kleinere Aufwertungsparcelslagen ein früherer Kündigungs-termin zugelassen werden als für größere. Soweit die Kündigung auf einen vor dem 1. Januar 1935 liegenden Zeitpunkt zugelassen wird, kann auf einen vor diesem Zeitpunkt gestellten Antrag eine weitere Hinausschiebung bis zum 1. Januar 1935 erfolgen.

Tagungen

Der Badische Verband für Frauenbestrebungen hielt in Karlsruhe eine Delegiertenversammlung ab. Die Vorsitzende, Frau Dr. Zellinet, erstattete den Geschäftsbericht. Darauf wurde eine Entschließung angenommen, die sich dagegen wendet, daß den Lehrerinnen an ihrem Gehalt und an ihrer Stundenzahl ein Zehntel gekürzt werden soll. Die Frauen legten aufs schärfste Verwahrung ein gegen eine Sonderbehandlung und wiesen die kränkende Art zurück, mit der diese Behandlung begründet sei. Frau Benschneider als Schriftführerin berichtete über die im Oktober in Leipzig abgehaltene Generalversammlung des Bundes. Im Anschluß an das Referat wurde sehr warm geworben für die Unterzeichnungsaktion der Kundgebung des Staatsbürgerinnenverbandes zur Abrüstungskonferenz für die allgemeine Abrüstung und gegen die einseitige Abrüstung Deutschlands. Frau Luise Kiegger hielt einen Vortrag über das Thema „Der Mensch und die Wirtschaft“. Eine Entschließung bittet die Regierung dringend, die in der Haushaltsnotverordnung vorgesehene Kürzung der Hinterbliebenenbezüge wieder aufzuheben. — Über das akute Kapitel „Doppelverdiener“ sprach Frau Frohsta. — Frau Dorothee v. Bessen erläuterte die Fragebogen zur Ermittlung des augenblicklichen Standes der Durchführung und Handhabung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. — Zu der darauffolgenden Wahl der 1. Vorsitzenden erklärte Frau Dr. Zellinet, die langjährige verdiente Vorsitzende, ihres Alters wegen keine Wiederwahl mehr annehmen zu können. Frau Dr. Zellinet wurde alsbald zum Beiratsmitglied des Vorstandes und Frau Luise Kiegger zur 1. Vorsitzenden gewählt. Frau Kromer, die Vorsitzende des Landesverbandes Baden der Hausfrauenverbände, sprach schließlich über die „Sozialabgaben für die Hausangestellten“. In der Aussprache wurde angeregt, daß Fortbildungskurse auch für weibliche Erwerbslose und namentlich für erwerbslose kaufmännische Angestellte eingerichtet werden.

Deutscher Philatelistentag 1932 in Heidelberg. Die in mehreren Bänden und Ortsvereinen über das ganze Reich zusammengeschlossenen deutschen Briefmarkensammler werden sich im kommenden Sommer zum ersten Male in Heidelberg zu einem Kongreß zusammenfinden. Auch die Organisation der ausländischen Briefmarkensammlervereine beschäftigt, zur gleichen Zeit in Heidelberg zu tagen.

Eine glückliche Stadtgemeinde. Die Stadtgemeinde Wolfach hat zur Zeit fast gar keine Unterstüßungsempfänger, da die Erwerbslosen zum größten Teil bei den Gleisauwechslungsarbeiten auf der Strecke Dausbad-Schiltach Beschäftigung finden konnten.

Aus der Landeshauptstadt

Schnellzüge über Weihnachten für Sonntagsfahrarten freigegeben. Die Gültigkeit der Sonntagsfahrarten über Weihnachten und Neujahr ist — wie bereits gemeldet, vom 23. Dezember 1931 mittags 12 Uhr, bis zum 4. Januar 1932, vormittags 9 Uhr, ausgedehnt worden. Die Schnellzüge können an allen Tagen gegen die Zahlung der tarifmäßigen Zuschläge auch mit Sonntagsfahrarten benutzt werden.

Wegen Veranstaltung unerlaubten Glücksspiels gelangt ein verh. Kaufmann von auswärts zur Anzeige, weil er im Oktober in verschiedenen Wirtschaften hier Geldspielautomaten aufstellen ließ, obwohl es sich um Glücksspielautomaten handelt und ihm vom Bezirksamt eine Genehmigung dazu nicht erteilt worden war. In gleicher Sache wird sich ein Wirt zu verantworten haben, weil er die Aufstellung eines solchen Automaten gegen Gewinnbeteiligung erlaubt hat.

Der Männergesangsverein „Concordia“ bezieht anläßlich seines diesjährigen Stiftungsfestes am 28. November in der städtischen Festhalle ein Konzert zugunsten der Winterhilfe. Die mitwirkenden Solisten: Fräulein Ellen Winter und das Voigt-Quartett, die Herren Voigt-Graber, Müller und Trautwetter haben ihre Kunst freiwillig in den Dienst der guten Sache gestellt. Unser heimischer Komponist L. Baumann ist auf dem Programm mit drei Chören vertreten, von denen „Der Bodensee“ besonderes Interesse beansprucht. In der Bearbeitung der Volkslieder: „Zwischen Berg und tiefem Tal“ und „Es wolk' ein Jägerlein jagen“ geht Walter Klein neue Wege. Alle Chöre sind in einer Zusammenstellung gemischt, da sie beim nächstjährigen deutschen Bundesfängerfest in Frankfurt in einem Stundenkonzert zum Vortrag gebracht werden sollen. Auch der an das Konzert anschließende Ball ist zugunsten der Winterhilfe gedacht.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterkarte Karlsruhe, vom Donnerstagmorgen: Von Süden wird noch immer Warmluft nach Südwestdeutschland zugeführt, so daß das milde Wetter anhält. Nach der gestrigen Aufhellung ist es nun wieder ziemlich trübe und neblig geworden, da eine neue Störung über Frankreich herangezogen ist. Voraussage: Fortdauer der bestehenden Witterung.

Wasserstände: Waldshut 188 minus 4, Basel 14 minus 11, Schutterinsel 42 minus 4, Rehl 197 minus 13, Maxau 366 plus 4, Mannheim 237 plus 3, Caub 151 minus 1.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	26. November		25. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168,98	169,32	168,98	169,32
Kopenhagen 100 Kr.	82,42	83,58	81,92	82,08
Italien 100 L.	21,68	21,72	21,68	21,72
London 1 Pf.	15,18	15,22	15,44	15,48
New-York 1 D.	4,209	4,217	4,209	4,217
Paris 100 Fr.	16,47	16,51	16,47	16,51
Schweiz 100 Fr.	81,57	81,73	81,57	81,73
Wien 100 Schilling	58,94	59,06	58,94	59,06
Brag 100 Kr.	12,468	12,488	12,468	12,488

Der Berliner Börsenvorstand erklärt, er halte an der Auffassung fest, daß die baldige Wiedereröffnung der Wertpapierbörse, zumindest die vorläufige Öffnung der Börsenräume für den Freiverkehr, im Interesse der deutschen Wirtschaft dringend geboten sei.

Die Deutsche Goldkreditbank hat für den 21. Dezember eine außerordentliche Generalversammlung zur Umstellung des auf Pfund Sterling lautenden Grundkapitals auf die deutsche Reichswährung anberaumt.

Zum Konkurs des Hops-Konzerns. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Zentrale der Landwirtschaftlichen Lagerhäuser AG. in Tauberbischofsheim wird mit Genehmigung des Gläubigerausschusses demnächst die zweite Abschlagsverteilung erfolgen. Zu diesem Zweck sind 80 000 RM. verfügbar. Zu berücksichtigen sind 1 174 566 RM. nicht-bevorrechtigte Forderungen.

Vogel & Bernheimer Zellstoff- und Papierfabriken AG., Ettlingen. Die Ende 1928 mit 4,2 Mill. Kapital zur Aktienform übergeführte Gesellschaft (der auch die Zellulosefabrik in Nagau gehört), die für das erste Geschäftsjahr 8 und dann 5 Prozent Dividende verteilte, bleibt für 1930/31 (31. 3.) dividendelos. Es wird ein Betriebsgewinn von 3,24 Mill. (i. R. 3,99) Mill. ausgewiesen. Nach Abzug von Unkosten, Löhnen usw. von 2,74 (3,16) Mill. und Steuern von 288 900 (317 100) und der Abschreibungen von 205 400 (305 200) verbleibt ein Reingewinn von 8807 RM. (213 569), der vorgetragen werden soll. In Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich die Vorbesitzer bereit erklärt, der Gesellschaft 1,20 Mill. RM. st. m. kostenlos zur Verfügung zu stellen, dagegen gibt die Gesellschaft den gleichen Betrag 7 Proz. einstufige kumulative Vorzugsaktien aus, die von einem Konfortium gegen vorhandene Guthaben übernommen werden, so daß das Aktienkapital in der bisherigen Höhe von 4,20 Mill. bestehen bleibt. Von dem durch die Einlieferung der St. A. entstehenden Buchgewinn von 1,20 Mill. sollen 500 000 RM. zu Abschreibungen auf Vorräte und 700 000 RM. zur Bildung einer Sonderreserve verwandt werden. (Generalversammlung am 18. Dezember.)

Eisenwerke Gaggenau AG. Die Eisenwerke Gaggenau i. S. hielten Mittwoch vormittag in Rastatt ihre Generalversammlung ab, in der die auf der Tagesordnung stehenden Regularien einstimmig genehmigt wurden. Annahme fand ebenso die Eröffnungsbilanz per 28. Nov. 1931.

Eine erregte Gläubigerversammlung. Im Verlauf der Gläubigerversammlung der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Bankkommanditgesellschaft Waldbühn & Cie. in Singen (Zweigniederlassung in Pfüllendorf), die sehr stark von Gläubigern von Singen und Pfüllendorf besucht war, kam es zu erregten Auseinandersetzungen. An Stelle des bisherigen Gläubigerausschusses trat ein neu gewählter. Die im Rahmen eines stillen Ausgleichs gebotene 50prozentige Quote wurde nicht angenommen. Der neu gewählte Ausschuss hat auch die Revision der Bücher zu bewerkstelligen. Die Bilanz führt 78 500 RM. zweifelhafte Schuldner auf.

Weitere Suspendierung des Goldhandels in Schweden. Die die Schwedische Telegraphenagentur erfährt, hat das Reichsbankdirektorium beschlossen, die Regierung um weitere Befreiung von der Goldentlöschungspflicht zu ersuchen.

Gemeinderundschau

Bürgermeister Wielandt, Heidelberg, 60 Jahre. Am geistigen Mittwoch konnte der erste Bürgermeister der Stadt Heidelberg, Friedrich Wielandt, seinen 60. Geburtstag begehen. Genau die Hälfte seines Lebens hat der Jubilar in Heidelberg auf verantwortungsvollem Posten gestanden als Leiter der sozialen und kulturellen Ämter. Zu seinem Aufgabenbereich gehört auch die gesamte Wohlfahrtspflege, in der heutigen Zeit ein so außerordentlich verantwortungsvolles Amt. Wielandt wurde in Karlsruhe als der Sohn des damaligen Präsidenten des Evang. Oberkirchenrates, Wirtk. Geheimerats Dr. Wilhelm Friedrich Wielandt, geboren. Nach dem Studium der Rechte wurde er 1894 Rechtspraktikant, 1898 Referendar und am 1. August 1901 fast einstimmig als zweiter Bürgermeister der Stadt Heidelberg erstmals gewählt. 1910 erfolgte einstimmig seine Wiederwahl, 1914 seine Wahl zum ersten Bürgermeister.

Bürgermeisterwahlen. In Weingarten b. Durlach verlief die mit Spannung erwartete Bürgermeisterwahl ergebnislos, da keiner der beiden aufgestellten Kandidaten die erforderliche Stimmzahl von 35 Stimmen aufbrachte. — In Badenweiler hat sich zum dritten Wahlgang zur Bürgermeister- und Kurdirektorenwahl der Gemeinderat nunmehr darauf geeinigt, der Wählerschaft die beiden Spitzenkandidaten, Rechtsanwalt Dr. Weidel, Mannheim, und Reg.-Baumeister Wolf, Freiburg, als Bürgermeister zu empfehlen. — In Dudenfeld b. Forstheim wurde der Kandidat der Bürgerl. Vereinigung, Gust. Schmidt, im zweiten Wahlgang mit 505 Stimmen, also mit 50 Stimmen Mehrheit, zum Bürgermeister gewählt.

Abgelehnte Befolgsordnung in Heidelberg. Der Stadtrat Heidelberg hat den nach den Richtlinien der badischen Haushaltsnotverordnung aufgestellten Entwurf einer Stadtbefolgsordnung abgelehnt.

Nicht zeitgemäß. Die Stadtgemeinde Sodenheim beabsichtigt, eine Rennstrecke für Motorräder herstellen zu lassen und wünscht für diesen Bau einen Zuschuß vom Kreis. Das Wasser- und Straßenbauamt sowie der Kreisrat lehnen einen Zuschuß ab, da die Verhältnisse nicht dazu angetan sind, für diese Zwecke Mittel auszugeben.

Die Nebenbahn Bruchsal-Hilsbach-Wenzingen. Dem Personal der Nebenbahn ist auf Jahresende gekündigt, da die Plege in Konkurs steht. Wie man hört, besteht die Möglichkeit, daß die Strecke Bruchsal-Hilsbach-Wenzingen von einer Privatbahngesellschaft übernommen werden soll. Diese Strecke wird bei sparsamer Verwaltung sich rentieren. Bei einer Übernahme müßten aber die Gläubiger auf ihre Forderungen verzichten.

Zur Eingemeindungsfrage und zu der Nachricht, daß der Gemeinderat Ettlingen eine Eingemeindung der Orte Oberweier, Schöllbrunn und Speßart abgelehnt habe, wird uns mitgeteilt: Es handelt sich hierbei um einen Irrtum. Eine Eingemeindung dieser Orte nach Ettlingen kommt schon wegen ihrer Lage nicht in Frage, der Gemeinderat der Stadtgemeinde Ettlingen war mit der Sache überhaupt nicht befaßt; es handelt sich vielmehr um eine Eingemeindung der Gemeinde Schluttenbach zu einer der genannten Landgemeinden, und es war der Gemeinderat Schluttenbach, der die abzulehnende Entschliebung faßte.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das neueste Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 70 enthält Verordnungen des Ministers des Innern über Vergütungen für die nichtständigen Mitglieder des Landesversicherungsamtes und zur Durchführung der Aufwertung von Sparguthaben.

H. Holzhausen (Amt Kehl), 24. Nov. An den Folgen eines Schlaganfalls ist in Offenburg, wo er bei seiner verheirateten Tochter wohnte, Altbürgermeister und früherer Steuerheber Friedrich Werner im Alter von 80 Jahren gestorben.

H. Kehl, 25. Nov. In der geistigen Ausschussung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Kehl wurde festgestellt, daß die Einnahmen der Kasse in der Zeit vom April bis Oktober um 35 353 RM. gegenüber dem Vorjahr zurückgeblieben sind. Die Kasse sieht sich zur Herabsetzung des Krankengeldes und zur Kürzung der Familienhilfe gezwungen. Der Ausschuss stimmte den vorgeschlagenen Maßnahmen einstimmig zu. Die Notwendigkeit der Eintreibung der rückständigen Beiträge wurde besonders unterstrichen.

EW. Overtirch, 25. Nov. Bei einer Streife der Fahndungspolizei nach Schwarzbrunnern in Stadelhofen (Amt Overtirch) leisteten am Dienstag die Bauern Widerstand. Am Mittwoch wurden durch die Gendarmerie 15 Stadelhofer Landwirte und Brenner verhaftet und mit einem Lastauto nach Offenburg verbracht, wo sie sich vor dem Schnellrichter wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu verantworten haben werden.

H. Offenburg, 25. Nov. Nunmehr hat auch der Verleider des angeklagten David Schütt, der bekanntlich zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, Revision eingelegt. Damit wird der ganze Schütt-Prozess das Reichsgericht zu beschäftigen haben.

H. Nordrach (Amt Offenburg), 25. Nov. In den Abendstunden des Mittwoch brach in dem fast ganz aus Holz erbauten und von 10 Familien mit insgesamt 55 Personen bewohnten Armenhaus ein Brand aus, dem das ganze Gebäude zum Opfer fiel. Das Armenhaus liegt abseits der Straße, hoch oben am Berge. Als Ursache dürfte Brandstiftung in Frage kommen, da schon vor 14 Tagen ein Brand in dem um das Haus aufgebauten etwa 2000 Holzwellen ausgebrochen war, den ein 13 Jahre altes Mädchen gelegt hatte.

H. Meisheim (Amt Lahe), 26. Nov. Im Odonomiegebäude des Forstwarts Wilhelm Sensesbrenner brach gestern Abend ein Brand aus, dem das landwirtschaftliche Anwesen und das angebaute Wohnhaus zum Opfer fiel. Das Vieh und ein Teil der Ferkel kamen gerettet werden. Beim Einsturz eines Kamins wurde der Feuerwehrmann Bärcher durch herabfallende Steine am Bein erheblich verletzt.

* Meersburg, 24. Nov. In Meersburg starb am 20. November l. J. Studientrat a. D. Philipp Jakob Glod im hohen Alter von 84 1/2 Jahren. 1847 in Redargemünd geboren, kam er 1874 an die Taubstummenanstalt Meersburg. Da im gleichen Jahre die zweite badische Taubstummenanstalt in Gerlachshausen eröffnet worden war, begleitete er die von Meersburg dorthin gewiesenen Zöglinge an die neue Bildungsstätte und wirkte dort als einer der ersten Lehrer bis 1878. Von da an bis zu seiner im Jahre 1919 erfolgten Zurukssetzung gehörte Ph. J. Glod ununterbrochen dem Lehrkörper der Taubstummenanstalt zu Meersburg an und stand somit 45 Jahre im Dienste der Taubstummenbildung. Schülergenerationen verdanken ihrem aufricht gewissenhaften Lehrer den Reiz der Lausprache und die Heranbildung zum wahren Menschentum. Mit Ph. J. Glod ist auch der zweiteste der Meersburger Altbeteranen von 1870/71 heimgegangen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Auf Grund des § 2 der Zweiten Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 10. August 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 436) wird die in Karlsruhe erscheinende Tageszeitung „Der Führer“ mit Wirkung vom 26. November 1931 auf die Dauer von 5 Tagen verboten.

Das Verbot umfaßt auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopfbücher der Zeitung sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Karlsruhe, den 26. November 1931.
Der Minister des Innern
Maier.

Bekanntmachung Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Auf Grund des § 2 der Zweiten Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 10. August 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 436) wird die in Freiburg erscheinende Tageszeitung „Der Alemanne“ mit Wirkung vom 26. November 1931 auf die Dauer von 5 Tagen verboten.

Das Verbot umfaßt auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopfbücher der Zeitung sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Karlsruhe, den 26. November 1931.
Der Minister des Innern
Maier.

Personeller Teil

Ernennungen, Verlegungen, Zurukssetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Ernann:

Landrat Otto Schäfer in Waldshut zum Direktor des Oberverwaltungsamtes in Freiburg, Regierungsrat Albert Frid in Neustadt zum Landrat in Engen.

Übertrag:

Dem Obermedizinalrat Dr. Otto Schmelscher beim Ministerium des Innern die Bezirksarztstelle I in Karlsruhe.

Vertret:

Landrat Dr. Camill Hofheinz in Engen nach Waldshut.

Zeitschriftenbau

Zeitwende. November. (C. G. Beck, München.) Wieder liegt ein schönes und reiches Heft vor. Es wird eingeleitet durch einen bedeutenden Aufsatz eines der Herausgeber der Zeitschrift, Friedrich Langenfab: „Die neue Generation. Eine Schicksalsfrage der akademischen Welt Deutschlands“, der die Lösung der Frage in der religiösen Orientierung der akademischen Jugend sieht. Dr. Wilhelm Kuhlhaas: „Ludwig von Benedel. Ein Kapitel des Danks vom Haus Oesterreich“, gibt eine Rettung des unglücklichen Führers von 1866. Eine eigenartige Novelle steuert Friz Basil bei: „Begegnung“. Zum Gedächtnis des russischen Dichters Gjekhoff, dessen Werke in der C. G. Beck'schen Verlagsbuchhandlung deutsch erschienen sind, schreibt Gertrud Gläser-Bernevig. Kurt Trampler, „Mittel-europa im Zeichen der Deutschen-Verfolgung“, Haag über die mannigfache Schädigung der deutschen Minderheiten in den neugebildeten Staaten, die abgelöst werden wird entweder durch eine Neuordnung Europas, die allen Völkern die Freiheit gibt, oder sie wird zum Untergang ganz Europas vor dem Bolschewismus führen. Interessant ist die Darstellung von Johannes Schattermann von der „Entstehung des Kapitalismus in Amerika“. In der Umschau schreibt Dr. Johannes Birth erregend von der „Auswanderung der Salzburger Protestanten“. Vorzüglich sind schließlich die Randbemerkungen. Alles in allem wieder ein Heft, das sich würdig seinen Vorläufern anschließt und Zeugnis ablegt von der Tüchtigkeit der Herausgeber der „Zeitwende“, die wir in viele evangelische deutsche Hände wünschen.

Kölnische Illustrierte Zeitung. Aufmerksamem Beobachtern fällt in München ein Straßenbahnwagen auf, der ohne Angabe eines Ziels oder einer Nummer ist und nur die Aufschrift „Wanderbücherei“ trägt. An ruhigen Stellen hält das seltsame Fahrzeug. Schlangen von Arbeitern stellen sich an, um die gelesenen Bücher abzugeben und neue dafür in Empfang zu nehmen — ein geistiger Brotladen des Volkes. Es ist zu bedauern, daß die maßgebenden Stellen noch nicht die Notwendigkeit sogenannter Wanderbüchereien eingesehen haben. Vielleicht trägt die Veröffentlichung, die die Kölnische Illustrierte Zeitung mit einer Reihe von Bildern in ihrem neuesten Heft (Nr. 47) vornimmt, dazu bei, den Gedanken der Wanderbüchereien neu aufleben zu lassen. Gerade die heutige Zeit, in der das Geld zum Anschaffen von Büchern fehlt, und die unfreiwillige Mühe, unter der viele unserer Volksgenossen leiden, wird für diese Einrichtung Dank wissen.

Der Rechtsanwalt

ist der kraft Gesetzes berufene, sachkundige Berater und Vertreter des recht-suchenden Publikums in allen Angelegenheiten und vor allen Behörden. Seine Aufgabe erschöpft sich nicht in der Interessenvertretung vor den Zivil- und Strafgerichten, den Steuer- und allen sonstigen Verwaltungsbehörden und -Gerichten einschließlich derjenigen der sozialen Gesetzgebung, vielmehr gehört zu seinem Tätigkeitsgebiet insbesondere auch:

Die zur Verhütung von Prozessen gebotene Beratung im rechtsgeschäftlichen Verkehr, bei Vertragsverhandlungen und letztwilligen Verfügungen, die Durchführung von gerichtlichen und außergerichtlichen Vergleichs- und Konkurs-, Vermögens- und Grundstücksverwaltungen, Testamentvollstreckungen, die Eriedigung aller steuerrechtlichen und sonstigen Verwaltungsangelegenheiten, die Betreibung von Außenständen an allen Plätzen usw.

Im Gegensatz zu allen anderen — vielfach unberufenen — Personen, welche sich mit der Vertretung in rechtlichen Angelegenheiten befassen, untersteht der Rechtsanwalt hinsichtlich der gewissenhaften Ausübung seiner Berufspflichten sowie der Bemessung seines Honorars einer strengen Aufsicht und Disziplinargewalt.

Karlsruher Anwaltverein e. V.

Unentgeltliche Rechtsauskunft für nachweisbar Unbemittelte jeden Mittwoch nachm. 14 bis 15 Uhr im Anwaltszimmer des Landgerichts, Hans-Thoma-Str. 7.

Die Ablösung der Markanleihen der Stadtgemeinde Eberbach betr.

Die Auslosung der im Jahre 1931 heimzugahlenden Rate der Ablösungsanleihe der Stadtgemeinde Eberbach i. B. findet am **Mittwoch, den 2. Dezember d. J., nachmittags 7 1/2 Uhr**, in öffentlicher Sitzung des Gemeinderats im Bürgerausschuß-Sitzungs-saale statt.

Eberbach i. B., den 20. November 1931. L. 580

Der Bürgermeister:
Dr. Dr. Benz. Bender.

Regie: Raumbach
Mitwirkende:
Ehrhardt, Ermarth, Seiling, Dahlen, Ernst, Gemmede, Göder, Kneble, Kuhne, Luther, Mehner, P. Müller, Grimm, Kufz, Seibert, S. Müller

Anfang 20 Ende geg. 22 1/2
Preise B (0,70—4,20 RM)

Sa. 28. 11. Im weißen Hölz.
So. 29. 11. Nachm.: Kino.
Abends: Die Maske. Im
Konzerthaus: Frauen ha-
ben das gern.

Wir werben für Sie!

WINTER 1931 1932

wir wollen helfen!

Des Nächsten Not verpflichtet,
gib zur Winternothilfe!